

Ertl, Josef; Heereman von Zuydtwyck, Constantin; Lardinois, Petrus J.

**Article — Digitized Version**

## Ende des EG-Agrarmarktes?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Ertl, Josef; Heereman von Zuydtwyck, Constantin; Lardinois, Petrus J. (1974) :  
Ende des EG-Agrarmarktes?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol.  
54, Iss. 10, pp. 503-511

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134738>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Ende des EG-Agrarmarktes?

Der gemeinsame Agrarmarkt besteht gegenwärtig aus fast ebenso vielen Teilmärkten, wie es Partnerländer gibt. Fällt er auseinander?

### Es gibt keine Alternative zu Europa

Josef Erti, Bonn

**S**chwieriger als die Schilderung der Situation des gemeinsamen europäischen Agrarmarktes ist für den Agrarpolitiker in diesen Tagen der Versuch, sich dafür Zeit zu nehmen. Allein im September kam der Agrarministerrat zweimal für mehrere Tage zusammen; zweimal beschäftigte sich das Bonner Kabinett intensiv mit Agrarfragen. Dazwischen liegen zahlreiche bilaterale Kontakte mit den Kollegen aus den Partnerländern. Diese Treffen sind mehr als der Ausdruck von Aktivität, sie sind symptomatisch für eine krisenhaft zugespitzte Situation und für die immer mühsamer werdenden Anstrengungen, den gemeinsamen europäischen Agrarmarkt zu bewahren. Den Ehrgeiz zur Konsolidierung und konstruktiven Weiterentwicklung kann zur Zeit sowieso kein nüchterner Betrachter mehr entwickeln.

Wie ist man in diese mißliche Lage geraten? Die Auseinandersetzung mit den Ansätzen und mit der Entwicklung des gemeinsamen Agrarmarktes ist notwendig, weil nur so die Ursachen der heutigen Situation erkannt und Fehlerquellen unter Umständen zukünftig ausgeschaltet werden können.

#### Richtige Grundkonzeption

In den Römischen Verträgen ist der Landwirtschaft und der gemeinsamen Agrarpolitik ein ganzes Kapitel gewidmet. Es werden die Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik definiert, und es wird insbesondere die Vorstellung entwickelt, als Kernstück der gemeinsamen Agrarpolitik im Rahmen der Zollunion, gemeinsame Agrarmarktorganisationen mit freiem Warenverkehr und gemeinsamen Preisen aufzubauen. In der Konferenz

von Stresa 1958 wurden diese Vorstellungen präzisiert. Im Ergebnis einigte man sich auf gemeinsame Marktorganisationen für die wichtigsten Produkte, die von den Grundprinzipien freier Warenverkehr, finanzielle Solidarität und Präferenz für Gemeinschaftsprodukte geprägt waren und bis heute geprägt sind.

Man muß daran erinnern, daß die wirtschafts-, ernährungs- und agrarpolitische Landschaft zu Ende der 50er Jahre sich grundlegend von der heutigen abhob: Die wichtigsten Agrarmärkte waren stark defizitär, die innergemeinschaftliche Steigerung der Produktion mußte vorrangig angestrebt werden, die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung und die Stabilisierung der Agrarmärkte waren in der laufenden Nachkriegsperiode Themen, die weit mehr Bri-

sanz enthielten, als dies heute der Fall sein mag.

Die damalige Konzeption der gemeinsamen Agrarpolitik, sieht man sie aus dem einzig adäquaten Blickwinkel der seinerzeit gegebenen Umstände, war richtig. Auch heute noch muß sich jeder, der ernst genommen werden will, zu den in Art. 39 des Vertrages formulierten Zielen rückhaltlos bekennen. Gemeinsame Marktorganisationen mit gemeinsamen Preisen sind im Rahmen einer Zollunion für die Aufrechterhaltung eines freien Warenverkehrs unerlässlich. Dies sind Eckpfeiler, an denen nicht gerüttelt werden kann.

### Integrationsmotor oder Zeitbombe?

Die Problematik liegt woanders:

Sie liegt zum einen in den nicht erfüllten Hoffnungen und Vorstellungen hinsichtlich der Auswirkungen eines gemeinsamen europäischen Agrarmarktes auf Integrationsprozesse in anderen Bereichen.

Sie liegt zum anderen in der zu anspruchsvollen Konstruktion einer Preispolitik, die sowohl das Gleichgewicht auf den Agrarmärkten als auch die Erfüllung der Einkommenserwartung der Landwirte gewährleisten sollte.

Die Problematik wird transparenter, wenn auf beide Umstände und auf weitere, zusätzlich die Situation erschwerende Entwicklungen etwas näher eingegangen wird.

Im Gegensatz zur Agrarpolitik beläßt der EWG-Vertrag andere wichtigere Bereiche, vor allem die allgemeine Wirtschaftspolitik, die Struktur-, Regional- und Sozialpolitik, zunächst in nationaler Regie. Natürlich hat auch in den 50er Jahren niemand die Ansicht propagiert, man könne Agrarpolitik isoliert betreiben. Man war je-

doch der Meinung, ein weitgehend integrierter Agrarsektor würde nach Art eines Kristallisationskernes Harmonisierungserscheinungen in anderen Bereichen nach sich ziehen, ökonomische, markt- und handelspolitische Verflechtungen im Agrarsektor würden gleichartige Verdichtungen in anderen Sektoren initiieren und bewirken. Es entstand der Begriff vom gemeinsamen Agrarmarkt als einem Integrationsmotor, und lange Zeit glaubte man, das Tuckern dieses Motors sei mit Vorwärtsbewegungen gleichzusetzen. Seit 1969, als die Abwertung des französischen Franc

und kurz darauf die Aufwertung der DM zum ersten Mal und schlagartig deutlich machten, wie unmittelbar der gemeinsame Agrarmarkt auf Gemeinsamkeiten im außeragrarischem Bereich angewiesen ist, mehrten sich die Stimmen, die in den Geräuschen des gemeinsamen Agrarmarktes eher das Ticken einer Zeitbombe vermuten.

Die währungspolitischen Eingriffe von 1969 blieben kein Einzelfall: Es kamen weitere DM-Aufwertungen, andere Mitgliedstaaten (Benelux) werteten ebenfalls auf, der währungspolitische Verbund der Blockfloater wurde geschaffen, Italien und später Frankreich scherten daraus wieder aus und floateten fortan isoliert, Großbritannien und Irland traten diesem Verbund erst gar nicht bei.

### Externe Belastungen

Diese Maßnahmen brachten den gemeinsamen Agrarmarkt in zunehmende Bedrängnis, da sie über die in RE ausgedrückten gemeinsamen Agrarpreise in aufwertenden Ländern immer neu die Gefahr sinkender Erzeugerpreise heraufbeschworen und in abwertenden Ländern die – stabilitätspolitisch unerwünschte – Begleiterscheinung steigender Erzeuger- und Verbraucherpreise androhten. Um diese Wirkungen zu eliminieren, wurde das System des Grenzausgleichs eingeführt. Einfuhrbelastungen und Ausfuhrerstattungen in aufwertenden Ländern, entsprechendes umgekehrt in abwertenden Ländern, gleichen im Agrarsektor die veränderten Relationen der Währungen zueinander wieder aus.

Heute sind auf diese Weise sechs Teilmärkte entstanden, die durch Grenzausgleichsbeiträge ihr Agrarpreisniveau gegenseitig voneinander absichern. Die Aussichten, wieder zu tatsächlich gemeinsamen Preisen zurückzufinden, sind für absehbare Zeit nicht bedeutend:

### Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

*Josef Ertl, 49, ist seit 1969 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Der Diplom-Landwirt und Oberlandwirtschaftsrat gehört seit 1961 dem Deutschen Bundestag an.*

*Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck, 43, ist Präsident des Deutschen Bauernverbandes. Der gelernte Agraringenieur ist zudem Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes.*

*Petrus J. Lardinois, 50, ist seit 1973 Mitglied der EG-Kommission in Brüssel. In seinen Zuständigkeitsbereich fällt die EG-Agrarpolitik. Von 1967 bis 1972 war er Minister für Landwirtschaft und Fischerei in den Niederlanden.*

Wohl kommt es in abwertenden Ländern unter dem Druck der dort besonders hohen allgemeinen Kostensteigerungen und in dem Bewußtsein, den Landwirten nicht allein die Rolle des Stabilitätsverpflichteten Musterknaben zumuten zu können, immer wieder zum Abbau des dortigen „negativen“ Grenzausgleichs und damit zu entsprechenden Erhöhungen der Agrar-Erzeugerpreise. Die umgekehrte Prozedur läßt sich dagegen nicht so leicht anstellen. Denn sinkende Erzeugerpreise in einer Landschaft hoher Inflationsraten sind den Betroffenen, in diesem Falle den Landwirten, mit Recht nicht zumutbar.

Es bleibt zu konstatieren, daß der Agrarsektor durch nicht in ihm selbst ruhende Ursachen permanent gestört und belastet

wird: Das volkswirtschaftliche Gesamtbild der EG ist so bunt und uneinheitlich wie ein Mosaik. Es bestehen divergierende wirtschaftspolitische Zielsetzungen in den Partnerländern, auseinanderlaufende Konjunkturpolitiken, nicht harmonisierte Haushalts-, Struktur-, Regional- und Sozialpolitiken. Solange dies der Fall ist, werden Wechselkurskorrekturen und die damit verbundenen Schwierigkeiten für den gemeinsamen Agrarmarkt unvermeidlich bleiben.

Verschärft wurden diese Schwierigkeiten in der jüngsten Zeit durch einige weitere Entwicklungen: Die Energiekrise, die weltweiten Inflationstendenzen und die – zum Teil daraus resultierenden – riesigen Zahlungsbilanzdefizite einiger Länder schufen eine so außerger-

wöhnliche Situation, daß dagegen nur noch mit außergewöhnlichen Maßnahmen angegangen werden konnte. So kam es zur Einführung der Bardepotpflicht für Exporte nach Italien. Zwar konnte in der Zwischenzeit diese Maßnahme, soweit es den Agrarbereich angeht, weitgehend wieder abgebaut werden, aber es wurde doch deutlich, daß der Kern des gemeinsamen Agrarmarktes, der freie Warenverkehr, ernsthaft gefährdet war.

### Überforderung der Agrarpreispolitik

Die nicht integrierten Bereiche wirken auf den Agrarsektor zweifellos desintegrierend, verfälschen die Wirkung der Instrumente der gemeinsamen Agrarpolitik und führen zu Wettbewerbsverzerrungen; sie erklären



## Ein Diesel wie noch nie.

Der neue Mercedes 240D 3.0  
Schnell. Elastisch. Spurtstark.  
Und doch: so wirtschaftlich, wie nur  
ein Diesel sein kann.  
3-Liter-Motor, 5 Zylinder, 80 PS (59 kW).  
An der Spitze der erfolgreichen Diesel-Reihe  
von Mercedes-Benz:  
200D, 220D, 240D, 240D 3.0



Mercedes-Benz. Ihr guter Stern auf allen Straßen.

aber keinesfalls allein die gegebene Situation. Neben den erwähnten Problemen sind die Frage des Marktgleichgewichts, der Aspekt immer höherer Kosten der Marktverwaltung und die nach wie vor unbefriedigende Einkommenssituation der Landwirte im Vordergrund der agrarpolitischen Diskussion. Diese Punkte stehen miteinander in unmittelbarem Zusammenhang. Sie haben ihren gemeinsamen Ursprung in der Konzeption der Agrarpreispolitik. Dort wird den gemeinsamen Preisen – in der Wirkung handelt es sich um garantierte Mindestpreise – eine Doppelfunktion zugeordnet: Das Gleichgewicht auf den Märkten soll erreicht und das Einkommensziel der Produzenten soll verwirklicht werden. Beides ist bisher aus folgenden Gründen nicht gelungen:

Die gemeinsamen Marktorganisationen vernachlässigen – mit Ausnahme des Zuckersektors – die Nachfrageseite. Den Produzenten werden einseitige Abnahme- bzw. Preisgarantien zugestanden, die unter Umständen, bei einer entsprechenden Entwicklung der Nachfrage, keinerlei Berechtigung aus der Sicht des Marktgleichgewichts erfahren. Den Produzenten ist dabei der geringste Vorwurf zu machen. Sie reagieren aus einzelbetrieblicher Sicht ökonomisch korrekt, wenn sie, solange die administrierten Preise einen Gewinn versprechen, ihre Produktion ausdehnen. Allerdings addiert sich die Vielzahl dieser Verhaltensweisen zu einer makroökonomischen Größe, die bei freiem Spiel von Angebot und Nachfrage am Markt nur einen sehr viel niedrigeren Preis ergeben würde. Als Ergebnis dieser Zusammenhänge stehen wir, insbesondere bei Milch und Fleisch, vor wachsenden Überschüssen und steigenden Kosten.

Die garantierten Mindestpreise erreichen ein Niveau, das

nicht ausreicht, dem agrarpolitischen Einkommensziel vor allem in den mittleren und kleineren Betrieben näher zu kommen. Preisanhebungen in Brüssel begünstigen vornehmlich umsatzstarke Betriebe. Die Masse der Kleinen ist über Preisanhebungen sicher auch nicht unglücklich, kommt aber aus den Einkommensproblemen infolge der zu geringen Marktanlieferungen nicht heraus.

Im Grunde war diese Überforderung der gemeinsamen Agrarpreispolitik von Anfang an gegeben. Lediglich die Auswirkungen waren bisher nicht so gravierend. Die Situation hat sich aber erheblich zugespitzt, nachdem wir nun auch Rinderberge erleben, wobei noch vor zwei Jahren kein Experte diese Entwicklung vorauszusagen wagte.

#### **Ungünstige Einkommensentwicklung**

Zeitlich parallel dazu verläuft die Einkommensentwicklung bei den Landwirten ähnlich ungünstig. Dabei spielen zwei Elemente eine Rolle: Die Überschüsse auf den Märkten führten zum Verfall der Preise, teilweise sogar unter das garantierte Interventionsniveau. Daneben sehen sich die Landwirte im Gefolge der Energiekrise mit einer besonders rapiden Steigerung der Betriebsmittelkosten konfrontiert. Zusammengenommen führen diese Entwicklungen zu einem immer ungünstigeren Verhältnis zwischen Produkt- und Betriebsmittelpreisen. In verschiedenen Ländern der Gemeinschaft war der daraus erwachsene politische Druck so groß, daß einseitig Maßnahmen ergriffen wurden, die eine unmittelbare Verbesserung der Einkommenssituation der Landwirte zum Ziele hatten.

Diese Entwicklung muß sehr kritisch beurteilt werden: Auch die Bundesregierung geht davon aus, daß in Anbetracht der prekären Situation der Landwirte

besondere Maßnahmen am Platze sind; dies allerdings nur im Rahmen des Vertrages. Die Bundesrepublik und andere Delegationen haben im Agrarrat vom 17. bis 20. September 1974 einen Antrag Frankreichs, die nationalen Maßnahmen im nachhinein als vertragskonform zu betrachten, abgelehnt; bei dieser Haltung wird die Bundesregierung bleiben. Das ändert nichts daran, daß auch wir unseren Landwirten Hilfen gewähren, jedoch muß dies vertragskonform geschehen.

#### **Notwendige Bestandsaufnahme**

In der Gesamtschau ist das Bild, das der gemeinsame Agrarmarkt heute bietet, nicht beeindruckend. Es ist an der Zeit, im Interesse der weiteren Entwicklung ernsthaft und ungeschminkt Bilanz zu ziehen. Dabei muß nicht von einem Nullstadium ausgegangen werden. Bestimmte Gegebenheiten des Gemeinsamen Marktes sind als Eckpfeiler zu betrachten, deren Nutzen von niemand bestritten wird und deren Existenz für alle Volkswirtschaften in der Gemeinschaft heute lebensnotwendig ist. Hierzu gehören insbesondere die Zollunion und der freie Warenverkehr. Innerhalb dieses Rahmens bedürfen die folgenden Fragen einer eingehenden Prüfung:

In Kenntnis der engen Verflechtungen der Agrarpolitik mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik, insbesondere mit der Währungs-, Konjunktur- und Regionalpolitik, ist zu fragen, ob der volle Integrationsstand der Agrarpolitik mit dem der nicht harmonisierten anderen Bereiche weiter zu vereinbaren ist. Müssen gegebenenfalls Instrumente entwickelt werden, um die aus der Integrationsdiskrepanz herrührenden Wettbewerbsverzerrungen auszugleichen?

Muß die bisherige gemeinsame Preispolitik von ihrer Doppelfunktion entlastet werden?

Eine stärkere Fixierung der Preispolitik auf das Ziel des Marktgleichgewichts wirft die Frage auf, welche zusätzlichen Aktivitäten entwickelt werden können, um das Einkommensziel nicht auszuhöhlen. Gleichzeitig muß von der Produzentenseite mehr gestalterische Initiativen kommen, um das Mengenproblem besser als bisher in den Griff zu bekommen.

Können die Instrumente der gemeinsamen Agrarpolitik, bei-

spielsweise Marktordnungsmechanismen, flexibler gestaltet werden? Gleichzeitig ist es dringend erforderlich, Perfektionismus auf allen Gebieten abzubauen.

Wir sind in einer Situation, in der es nichts nützt, wenn der Agrarministerrat in kurzen Abständen zusammentritt und Verordnungen verabschiedet, Maßnahmen beschließt und Aktivität verbreitet. Wir leben in einem Europa der Ergebnisse, nicht der Verordnungen. Es

nützt auch nichts, die Wirtschafts- und Währungsunion zu fordern. Die wirtschaftlichen Gegebenheiten werden, unabhängig von Programmen, entscheiden, wann wir sie erreichen. Wir sind aufgerufen, durch unser Handeln dazu beizutragen. Bei allem müssen wir bedenken: So bedauerlich die heutige Situation ist, es gibt für unser Land und für Europa keinen anderen Weg – wirtschaftlich wie politisch – als den der europäischen Einigung.

## Die Probleme sind noch nicht gelöst

Interview mit Constantin Freiherr von Heereman, Bonn

K

WD: Herr von Heereman, die deutschen Landwirte haben in diesem wie auch im letzten Jahr eine gute Getreideernte eingebracht. Warum gehen sie dann anschließend auf die Straße und demonstrieren?

HEEREMAN: Das Getreide ist am Produktionswert der deutschen Landwirtschaft nur noch mit 7,6% beteiligt, während auf Milch 21,8%, Schlachtrinder und -kälber 17,9% und Schweine 22,2% entfallen. Die Einkommensentwicklung vieler Landwirte wird also entscheidend von der Preisentwicklung bei den wichtigen tierischen Produkten geprägt. Hier mußten die Landwirte aber sehr starke Preiseinbrüche bei gleichzeitig weiter stark gestiegenen Betriebsmittelpreisen hinnehmen. Der Index der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise lag im Juli 1974 nur bei 78% des Betriebsmittelpreisindex. Anders ausgedrückt mußte der Landwirt im Juli 1974 rund 10% mehr Erzeugnisse als im Juli 1973 und sogar fast 20% mehr Erzeugnisse als im Juli 1972 verkaufen,

um die gleiche Menge an Betriebsmitteln kaufen zu können. Insbesondere die Investitionsgüter und die zu deren Erhaltung notwendigen Dienstleistungen (Reparaturen usw.) sind in den letzten Monaten rasant gestiegen und steigen weiter an. Da ein Arbeitsplatz in der Landwirtschaft schon heute erheblich mehr Kapital benötigt als in der Industrie und die Möglichkeiten der Arbeitseinsparung weitgehend ausgeschöpft sind, geraten gerade die Betriebe mit relativ großen Produktionskapazitäten immer stärker in Schwierigkeiten.

WD: Im März dieses Jahres hat der Ministerrat die Agrarpreise um durchschnittlich 8,5% erhöht. Die Preise für Rindfleisch, für Milch und Molkereiprodukte sowie für Getreide und Zuckerrüben liegen über dem Vorjahresniveau. Wird die Situation der Landwirtschaft angesichts dieser Preise und der guten Ergebnisse bei der Ernte nicht in zu düsteren Farben dargestellt?

HEEREMAN: Trotz der Anhebung der Stützungspreise der EG-Marktordnungsprodukte im Frühjahr 1974 lag der Index der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise – wenn auch bei einigen Produkten Preissteigerungen festzustellen sind – im März 1974 um 5,5%, im April um 8,5%, im Mai um 9,6%, im Juni um 7,6% und im Juli 1974 um 7,9% unter dem Stand des entsprechenden Vorjahresmonats. Das heißt auch, daß die Preise heute nur 11% über den Preisen vor 12 Jahren liegen. Der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel stieg dagegen kräftig weiter, im März 1974 um 8,8%, im April um 8,7%, im Mai um 6,0%, im Juni um 3,0% und im Juli 1974 um 2,2% über dem entsprechenden Vorjahresmonat oder um 43% über dem Preis vor 12 Jahren. Ich meine, daß diese wenigen Zahlen beweisen, daß wir nicht „in zu düsteren Farben“ malen. Im übrigen gibt es weniger gute, um nicht zu sagen schlechte Ernteergebnisse, wie z. B. bei Obst und Wein. Man kann nicht vom Ausfall der Ge-

treideernte auf die Ergebnisse der Ernten bei anderen Früchten schließen.

WD: Auch der Landwirtschaft müßte im eigenen Interesse an einer Rückkehr zur Stabilität besonders gelegen sein. Glauben Sie nicht, daß die Forderungen des Bauernverbandes eine gewisse Signalwirkung für andere Gruppen, z. B. für die Gewerkschaften, haben könnten?

HEEREMAN: Die Landwirtschaft hat durch einen recht gemäßigten Preisanstieg bisher schon immer einen erheblichen Beitrag zur Stabilität geleistet. Selbst die Verwirklichung einer Preisanhebung von 5% würde lediglich bedeuten, daß die Agrarerzeugerpreise noch nicht einmal das Niveau des Vorjahres erreichen würden. Von einer „Signalwirkung“ kann somit überhaupt nicht die Rede sein. Die industriellen Erzeugerpreise steigen anhaltend mit einer Jahresrate von 14%.

WD: Am 20. September haben die Agrarminister in Brüssel eine zweite Anhebung der Interventionspreise in diesem Jahr beschlossen. Sind Sie mit den Ergebnissen zufrieden?

HEEREMAN: Der Beschluß des EG-Ministerrates vom 20. September, eine 5%ige Anhebung des Stützungslevels linear vorzunehmen, reicht zweifellos nicht aus, um den erforderlichen Kostensteigerungen einerseits und den für das Wachstum notwendigen Investitionsbedürfnissen der Landwirtschaft andererseits Rechnung zu tragen. Insofern können wir mit dem Ergebnis nicht zufrieden sein. Auf der anderen Seite müssen wir anerkennen, daß hier ein Kompromiß gesucht wurde. Wir müssen nunmehr die Entwicklung der nächsten Wochen und Monate abwarten, erst dann kann man genau sagen, was dabei für die Bauern unterm Strich herauskommt.

WD: Der gemeinsame Agrarmarkt basiert im wesentlichen auf Interventionspreisen und auf Ankaufgarantien. Die Folge ist, daß ein Rindfleischberg einen Butterberg ablöst. Läßt sich mit staatlichen Preismaßnahmen gegen die säkularen Produktionszyklen der Landwirtschaft überhaupt ankämpfen?

HEEREMAN: Es ist nicht richtig, daß der gemeinsame Agrarmarkt im wesentlichen auf Interventionspreisen und Ankaufgarantien basiert. Nur für Getreide, Zucker, einen Teil der Milchproduktion, nämlich Butter und Magermilchpulver, gibt es sogenannte Interventionspreise. Für 70% der Produktion gibt es keine Interventionspreise, oder diese Interventionspreise liegen so niedrig, daß sie nicht einmal die variablen Kosten decken, wie etwa bei Obst und einigen Gemüsesorten.

Das Dilemma des Rindfleischberges und des Butterberges, das Sie hier zitieren, hat sicherlich andere Ursachen. Es geht einmal darauf zurück, daß es bisher nicht gelungen ist, eine stetige Agrarmarktpolitik zu betreiben. Einmal werden Anreizprämien zur Abschachtung von Milchkühen gegeben, und wenige Jahre später werden sie wieder beseitigt. Hier muß eine langfristige Ausrichtung erfolgen. Zum anderen ist auch die Außenhandelspolitik nicht konsequent. Die im EG-Vertrag beabsichtigte Präferenz der einheimischen Produktion — durch eine entsprechende Handhabung des Außenschutzes — wurde beispielsweise bei Rindern lange Zeit ausgesetzt und zu spät wieder hergestellt. Außerdem ist noch zu beachten: Solange es keine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik der Mitgliedstaaten gibt, kann es keine gemeinsame Produktionsausrichtung geben. So lange wird es auch nicht möglich sein, zu einer vernünftigen Abstimmung von Angebot und

Nachfrage zu kommen. Denn die hohen Devisendefizite einiger EG-Länder veranlassen diese Länder, Anreize zur Produktion bei Rindfleisch und Milch zu geben, obwohl innerhalb der Gemeinschaft an diesen Produkten kein Mangel herrscht.

WD: Für die Verbraucher stellt der gemeinsame Agrarmarkt ein kostspieliges Ärgernis dar. Hat er sich zumindest für die deutsche Landwirtschaft gelohnt?

HEEREMAN: Meines Erachtens ist es nicht richtig, wenn hier herausgestellt wird, daß der gemeinsame Agrarmarkt ein kostspieliges Ärgernis für den Verbraucher sei. Denn, die Nahrungsmittel sind nicht deswegen teurer geworden, weil die Agrarerzeugerpreise gestiegen sind — ich wies bereits darauf hin, daß sie in 12 Jahren nur um 11% gestiegen sind —, sie sind teurer geworden, weil die Verarbeitungs- und Dienstleistungskosten gestiegen sind. Die EG-Kommission hat vor kurzem noch einmal nachgewiesen, daß im Augenblick die Agrarerzeugerpreise vieler Produkte in der EG erheblich niedriger liegen als auf dem Weltmarkt. Daher sind beispielsweise die Nahrungsmittelpreise in der EG wesentlich langsamer gestiegen als etwa in den USA. Und gerade in Großbritannien sind ja die Preise für Nahrungsmittel im letzten Jahr deswegen besonders stark angestiegen, weil Großbritannien noch nicht voll in den gemeinsamen Markt integriert war, sondern seine Versorgung zu einem großen Teil vom Weltmarktpreis abhing. Ich halte daher das Gerede über den sogenannten kostspieligen Agrarmarkt nicht nur für falsch, sondern auch im Interesse des Verbrauchers für schädlich.

Zu Ihrer Frage, ob sich der Agrarmarkt für die deutsche Landwirtschaft gelohnt hat, kann man nur folgendes sagen: Nach

wie vor ist das Problem, volle Teilnahme der Landwirtschaft am Einkommens- und Wohlstandszuwachs zu erlangen, nicht befriedigend gelöst. Aber nichts spricht dafür, daß dieses Problem ohne den gemeinsamen Agrarmarkt besser gelöst worden wäre.

WD: Wie sollte aus Ihrer Sicht der gemeinsame Agrarmarkt reformiert werden?

HEEREMAN: Eine Reform des gemeinsamen Agrarmarktes ist nur dann sinnvoll, wenn man sich auch über einen Fortschritt in den anderen Bereichen der gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik einigt. Die Probleme des gemeinsamen Agrarmarktes sind zu einem nicht geringen Teil dadurch verursacht, daß etwa in der Währungspolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Regionalpolitik keine entsprechende gemeinsame Politik erzielt wurde. Die Landwirte in weiten Teilen des gemeinsamen Marktes müssen eben weiter in der Produktion bleiben, wenn sie dort keine gewerblichen Alternativen finden.

Zum Aufbau, zur Schaffung dieser gewerblichen Alternativen gehört eine europäische Regionalpolitik – und dazu gehört auch eine finanzielle Solidarität. Finanzieller nationaler Egoismus, wie er sich in der Bundesrepublik zur Zeit teilweise breit macht, ist jedenfalls nicht geeignet, ein gemeinsames Europa zu schaffen. Nur wenn diese Probleme in den anderen Bereichen befriedigend gelöst werden, werden wir auch hinsichtlich der Abstimmung von Angebot und Nachfrage zu einem besseren Ergebnis kommen. Dann können wir uns auch über Lösungen dieses Problems unterhalten. Wir müssen uns aber dabei darüber im klaren sein, daß bei allen Lösungen nur dann die Zustimmung der Landwirte zu erwarten ist, wenn sich dabei auch ihre Erlöse verbessern.

WD: Wäre eine ausschließlich nationale Agrarpolitik, die das Ziel einer gewissen Selbstversorgung mit Sozial- und Strukturhilfen verfolgt, eine Alternative zum gemeinsamen Agrarmarkt?

HEEREMAN: Ich halte eine ausschließlich nationale Agrarpolitik im Augenblick nicht für eine gangbare Alternative. Ich bin für ein Europa und für europäische Gemeinsamkeit und bedaure, daß durch das Veto des Bundeskabinetts vom 25. 9. die Bundesregierung – zumindestens vorübergehend – den Eindruck erweckt hat, sie stehe nicht zum gemeinsamen Markt. Eine Rückkehr zu einer nationalen Agrarpolitik wäre meines Erachtens gleichbedeutend mit einem Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der Europäischen Gemeinschaft. Einen solchen Schritt halte ich gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich, als Bürger, aber auch als Vertreter der bäuerlichen Interessen, für unverantwortlich.

WD: Ist im nächsten Spätsommer erneut mit Bauerndemonstrationen zu rechnen?

HEEREMAN: Das kann heute niemand sagen. Ich wäre froh, wenn die Politiker aus Einsicht rechtzeitig den Belangen der Landwirtschaft Rechnung tragen würden.

## Der gemeinsame Agrarmarkt fällt nicht auseinander!

Petrus J. Lardinois, Brüssel

Ob der gemeinsame Agrarmarkt auseinanderfällt oder nicht, ist fast die Gretchenfrage. Jedenfalls ist die Situation so zugespitzt, daß der Leser sicher nicht ein einfaches Ja oder Nein, sondern Fakten erwartet, die den gesamten Tatbestand beleuchten.

Nach langen Verhandlungen und mehreren Übergangsjahren wurde 1967/68 der gemeinsame Agrarmarkt für die wichtigsten Agrarprodukte errichtet. Infolge verschiedener Währungsereignisse und der EG-Erweiterung haben wir heute faktisch wieder

fünf Teilmärkte. Formal und im Prinzip besteht die Einheit des EG-Agrarmarktes mit der EG-Präferenz weiter, und die finanzielle Solidarität ist erhalten geblieben.

### Tendenzen der Auflösung

Diese beiden letzten Gedanken zeigen, daß die Frage eigentlich weiter gefaßt werden müßte, und zwar in der Art, ob die gemeinsame Agrarpolitik sich auflöse. Und in der Tat gibt es Anzeichen, die als Auflösungstendenzen gedeutet werden könnten. Die Mitgliedstaaten ha-

ben eigene Maßnahmen ergriffen, um der jeweiligen Zahlungsbilanzschwierigkeiten Herr zu werden, die erhöhten Energie- und Grundstoffkosten auszugleichen oder ganz allgemein den inflatorischen Erscheinungen zu begegnen. Gegenüber diesen Problemen gibt es noch keine wirksame Gemeinschaftspolitik. Zu solchen nationalen Agrarmaßnahmen gehören im Produktionsbereich u. a. Zuschüsse, Prämien, Beihilfen, Zinsübernahme durch den Staat oder Mehrwertsteuersenkung für Betriebsmittel. Nationale Regelun-

gen erstrecken sich auch direkt auf den Einkommensbereich, und zwar von Steuervorteilen bis hin zu Einkommensübertragungen. Dabei sind verschiedene dieser Maßnahmen ohne Gemeinschaftsentscheidung eingeführt worden. Viele davon sind nicht kompatibel mit den Grundsätzen der Gemeinschaft und dem Vertrag, so daß ein Verfahren nach Art. 92 Abs. 3 eingeleitet werden müßte.

Solche Maßnahmen weisen auf die besonderen Schwierigkeiten hin, die im Augenblick bestehen. Dennoch will und kann die Kommission diese Vorgänge nicht hinnehmen. Die EG-Kommission hat der Erhaltung oder de-facto-Wiederherstellung des gemeinsamen Agrarmarktes immer den höchsten Wert beigemessen. Hierzu wurden viele Vorschläge gemacht, wenn auch nicht alle verwirklicht oder einige wieder rückgängig gemacht wurden, wie das Milchpreiskorrektiv ab Anfang Oktober. Die folgenden Beschlüsse zeigen die Richtung, in der die Kommission arbeitet, und daß auch der Ministerrat nicht gewillt ist, den gemeinsamen Agrarmarkt aufzugeben. Im Gegenteil, er gehört zu den wichtigsten Errungenschaften, die die Gemeinschaft erreicht hat. Er war lange Zeit der Hauptmotor der Integration und wird auch weiter eine wichtige Rolle spielen.

### **Abbau von Restriktionen**

Bei den Erweiterungsverhandlungen wurde beschlossen, z. B. die britischen Garantiepreise schrittweise auszuschalten und in gleichen Schritten das Preisniveau der Gründergemeinschaft einzuführen. Die italienischen Einfuhrrestriktionen der letzten Jahre werden im Agrarsektor abgebaut. Auch wurde die „Grüne Lira“ ganz und das „Grüne Pfund“ fast ganz den aktuellen Wechselkursverhältnissen angenähert, obwohl in den

betroffenen Ländern gewisse, vorher unerwünschte Konsumpreissteigerungen in Kauf genommen werden mußten. Aber diese Entwicklung stellt eine wichtige Annäherung an das gemeinsame Preisniveau dar. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß auch jetzt die Preise gemeinsam festgesetzt werden. Ferner wurden die Nichtmarktordnungsprodukte nicht in die Regelung der Ausgleichsbeträge einbezogen.

Gesamtwirtschaftlich entstehen Ungleichgewichte, wenn ein einzelner Wirtschaftsbereich währungs- und außenhandelspolitisch gesondert behandelt wird. Die erforderlichen Strukturanpassungen werden dann verzögert, die Produktionsfaktoren nicht optimal eingesetzt und die Ziele des gemeinsamen Gesamtmarktes untergraben.

Betrachtet man die Agrarpolitik und -wirtschaft gesondert, so lassen sich zwar gewisse Probleme feststellen, so z. B. die Tendenz der Überproduktion auf wichtigen Märkten. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen bei einer schnellen Beseitigung solcher Tatbestände in einer strukturschwachen Landwirtschaft wiegen schwer. Aber kein Mensch kann sagen, daß die gemeinsame Agrarpolitik nicht in der Lage wäre, diese Probleme zu lösen. Und ebensowenig ist nachweisbar, daß etwa nationale Agrarpolitiken die bestehenden Probleme besser lösen könnten. Sicher dürfte aber sein, daß nationale Lösungen schon wegen der Standortnachteile vieler Gebiete langfristig teurer kommen als gemeinschaftliche Lösungen.

### **Flexibles Instrumentarium**

Das agrarpolitische Instrumentarium ist in den letzten Jahren reicher geworden. Zur Preis- und Marktpolitik kam die Strukturpolitik mit sozialpoliti-

schen Komponenten und die Politik für benachteiligte Gebiete. Hierdurch wird die Preis- und Marktpolitik von der Aufgabe entlastet, auch für den letzten Grenzbetrieb noch genügend Einkommen garantieren zu müssen. Das wiederum erlaubt Preise in einer Höhe und Relation, daß Marktgleichgewichte angestrebt werden können. Selbst das Garantieniveau läßt sich unter diesen Umständen so vorstellen, daß das Spiel der Marktkräfte wieder wirksam werden kann.

Auch wird die Agrarpolitik vermutlich flexibler werden und den Landwirten und ihren Vertretungen eine größere Eigengestaltung und -beteiligung erlauben. Allein in meiner Amtszeit als Verantwortlicher für die EG-Agrarpolitik ist das Instrumentarium viel flexibler geworden. Besondere Situationen werden mit besonderen Maßnahmen behandelt. Darunter können sicherlich auch regionale Maßnahmen sein, wenn sie der Situation besser angepaßt sind als völlig gleiche auf dem gesamten Gebiet der Gemeinschaft. Auch weitere produktspezifische Maßnahmen sind denkbar. Eventuell können Vertreter der Landwirte oder die Mitgliedstaaten auch eigenständige Entscheidungen von kürzerer oder längerer Auswirkung übernehmen. All das muß sich aber in den gemeinschaftlichen Rahmen einpassen und den Gemeinschaftsspielregeln genügen.

Das gemeinschaftliche agrarpolitische Instrumentarium wird jedenfalls weiterentwickelt werden. Es werden Komponenten verschiedener Systeme kombiniert. Auch jetzt haben wir neben unserem halbliberalen Marktpreissystem bei einigen Produkten (Eiweiß und Fetten) eine Art „deficiency payment system“. Bei anderen (Zuckerrüben) haben wir eine Kombination unseres Semi-Marktpreis-

systems mit einer Art Mengenregelung. Die Währungsausgleichsbeträge werden sowohl als Grenzausgleich als auch als Mehrwertsteuervergünstigung gewährt.

### Regionalpolitische Komponenten

Oft wird bemängelt, die regionalwirtschaftlichen Probleme ließen sich nicht mit dem bestehenden Instrumentarium lösen, man brauche dazu eine besondere, in die Regionalpolitik eingebettete Agrarpolitik. Aber schon in den Strukturrichtlinien gibt es mit den variablen Förderschwellen regionalpolitische Komponenten. Ähnliche Komponenten gibt es im Arbeitsplatzprogramm aus dem Agrarfonds. Das Programm für benachteiligte Gebiete ist gleichzeitig Regionalpolitik. Außerdem ist hierin eine neue Komponente, nämlich eine Art direkte Einkommensübertragung enthalten. Und so werden im Bedarfsfall neue Elemente mit alten kombiniert und weiterentwickelt werden.

Warum also sollten wir nicht im erforderlichen Augenblick die richtigen Maßnahmen finden? Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß in einigen Fällen nicht richtig entschieden wurde und daß sich die Interessen von einzelnen Erzeugergruppen mehr durchgesetzt haben als diejenigen anderer, jedenfalls für den Augenblick. Wie sich solche „Augenblicke“ aber ändern können, zeigt die derzeitige Weltmarktlage. Wir in der EG haben jetzt Niedrigpreise bei Zucker und Getreide! Wer von den Kritikern der EG-Agrarpolitik hätte das vor zwei Jahren gedacht? Und wo in der Welt gibt es eine vergleichbare Stabilität auf den Agrarmärkten?

Ich will aber die Grenzen der Agrarpolitik nicht verschweigen. Will man etwa politisch die Ge-

meinschaft auflösen, läßt sich auch der gemeinsame Agrarmarkt nicht erhalten. Das mag überspitzt klingen. Aber auch Teilhandlungen in dieser Richtung erschweren die Existenz des gemeinsamen Agrarmarktes. Es ist allgemein bekannt, daß die Wiederaufteilung in Teilmärkte in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß wir noch keine Währungsunion erreicht haben. Aber leider ist es nicht so einfach. Die Währungspolitik hängt von der Wirtschaftspolitik ab; auf diesen Gebieten sind die Grundursachen zu finden. Die Volkswirtschaften, die Kaufkraftverhältnisse und die Geldmarktverhältnisse sind sehr ungleich. Hinzu kommen ungelöste Fragen in der Außenpolitik, Außenhandelspolitik, Entwicklungspolitik. Das ist eine Gefahr. Hier ist die eigentliche Gretchenfrage zu stellen: Wollen wir die Europäische Union? Was tun wir politisch, um sie zu erreichen, und welche nationalen Interessen stellen wir hinter diesem Ziel zurück? In dem Maße, in dem diese Probleme gelöst werden, können der Bedarf an Nahrungsmitteln, die Möglichkeiten des Faktoreinsatzes in der Landwirtschaft und des landwirtschaftlichen Produktionsapparates neu definiert werden.

Für die Landwirtschaft bin ich zuversichtlich, daß vom Instrumentarium her Wege gefunden und politische Entscheidungen für einen normal funktionierenden gemeinsamen Agrarmarkt möglich werden, wenn die politisch-wirtschaftliche Gesamtsituation entsprechend heranreift. In der Zwischenzeit sollten wir die Geduld nicht verlieren, sondern versuchen, das Erreichte aufrechtzuerhalten und auszubauen.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um auf Vorteile des gemeinsamen Agrarmarktes und der gemeinsamen Agrarpolitik hinzuweisen. Noch nie hatte das

Gebiet der Gemeinschaft als Ganzes ein so reichhaltiges Angebot an Nahrungsmitteln. Noch nie hatte der Landwirt einen solch großen Absatzmarkt. Er hat dabei beachtliche Garantien für den Absatz. Infolge der gemeinsamen Strukturpolitik hat er die Chance, die im Zeitalter unserer industrialisierten und technisierten Welt ohnehin zu erwartenden Strukturänderungen mit der Hilfe der Gesellschaft zu bewältigen, sei es zum Ausbau moderner entwicklungsfähiger Betriebe, sei es zum Übergang zu anderen Erwerbs- und Einkommensquellen. Und in der augenblicklichen, weltweiten Krisensituation können wir nachweisen, daß die gemeinsame Agrarpolitik auch eine „Stabilitätsprüfung“ bestanden hat; nicht nur, daß der Landwirt jahrelang vor Preisverfall geschützt war, nein, jetzt zeigt sich, daß auch in Zeiten weltweiter Teuerung der Verbraucher vor unbilligen Preiserhöhungen bewahrt bleibt und dennoch (nicht wie in bestimmten Niedrigpreisländern) seines vollen Warenangebots sicher sein kann.

### Keine Alternative

Warum also sollten wir die Idee des gemeinsamen Agrarmarktes aufgeben? Haben wir politisch wirklich eine reizvolle Alternative? Ich glaube, nein. Es ist vielmehr eine politische Notwendigkeit, den gemeinsamen Agrarmarkt nicht nur als verdienten, sondern auch wichtigen und wesentlichen Bestandteil des gesamten gemeinsamen Marktes anzuerkennen, die Herausforderung der Schwierigkeiten anzunehmen, Agrarmarkt und Agrarpolitik im Rahmen der übrigen Bestandteile der Gemeinschaftspolitik weiterzuentwickeln. Landwirte wie Verarbeiter, Verbraucher, Wissenschaft, Verwaltung und Politik sollten diese Herausforderung annehmen und sich für seine politische Gestaltung einsetzen.